



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 29. Januar 2015 im Hotel Arte in Olten, Beginn 19.40 – 22.00 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 84, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 43
Gäste: 7

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Heinz von Arb, Gabriella Kaufmann, Dieter Ulrich,
Irene Meier-Reber, Daniela Gerspacher, Peter
Gomm

Kantonsratsfraktion: Simon Bürki, Simon Esslinger, Fabian Müller, Anna
Rüefli, Mathias Stricker, Urs von Lerber

Rechnungsprüfungskommission: Simon Bürki

Fachausschuss: Reiner Bernath

Sektionen: Erika Genilard (Biberist), Willi Bhend (Fulenbach),
Walter Schürch (Grenchen), H+H Bösch (Selzach),
Matthias Racine (Mühledorf), Claudio Marrari (Solo-
thurn), Marlene Grieder (Wangen b. Olten), Beatri-
ce Schibler (Zuchwil)

Geschäftsliste

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages
2. Wahl Stimmenzähler/innen
3. Genehmigung der Geschäftsliste
4. Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 23. Oktober 2014
5. Kantonale Vorlagen für die Abstimmungen vom 8. März 2015
 1. Änderung des Sozialgesetzes, Senkung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung, Referendum gegen den Kantonsratsbeschluss vom 3. September 2014
Vorstellung durch Fränzi Burkhalter-Rohner, SP Fraktionspräsidentin
Diskussion
Parolenfassung
 2. Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG) (Änderung der Verfassung)
Variante 2 vorgestellt durch Markus Ammann, SP Kantonsrat
Variante 1 vorgestellt durch Mark Winkler, FDP Kantonsrat
Diskussion unter der Leitung von Christina von Arx (OT/SZ)
Parolenfassung
6. Nationale Vorlagen – Informationen
 1. Volksinitiative vom 5. November 2012 «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»
Philipp Hadorn, Nationalrat
 2. Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuern»
Bea Heim, Nationalrätin
7. Varia

1. Eröffnung des Parteitages

Franziska Roth begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zum Parteitag in Olten, insbesondere Nationalrätin Bea Heim, Nationalrat Philipp Hadorn und Ständerat Roberto Zanetti, sowie den Moderator für das Podium Christian von Arx und Mark Winkler von der FDP, entschuldigt Regierungsrat Peter Gomm (regierungsräthlicher Anlass) und gibt Luisa Jakob, Co-Präsidentin der SP-Olten das Wort

Luisa Jakob

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von der SP Olten ein herzliches Willkommen. Im Vorfeld dieses Parteitages habe ich mir überlegt was ich denn heute am kantonalen Parteitag als junge Co. Präsidentin erzählen soll und bin auf das Thema „Verhältnis zwischen der SP Stadtpartei zur Kantonalpartei“ gekommen. Ich kontaktierte diesbezüglich Peter Heim, der immer viel zu erzählen hat und über die Geschichte ein sehr grosses Wissen hat. Man wisse zum Beispiel dass die Kantonalpartei immer mal wieder gemeint habe, dass die Oltnen Genossen zu wenig links seien. Dies sei vermutlich darauf zu führen, dass in Olten verhältnismässig viele Bundesangestellte gab die in der SP waren. Auch der Generalstreik im Jahr 1928 wurde in Olten relativ gesittet abgehalten. Das Verhältnis zum oberen Kantonsteil sei zudem aus verschiedenen Gründen manchmal getrübt gewesen. Heute sind wir froh dass diese Zeiten vorbei sind und die Zusammenarbeit gut ist. In diesem Sinne möchte ich euch nochmals herzlich begrüsse.



Franziska Roth (Präsidentin): Eröffnungsrede

Liebe Genossinnen und Genossen heute findet die Soirée de Cloture statt, das heisst die Filmtage und damit eine der schönsten Jahreszeiten für mich gehen zu Ende. Ich hoffe ihr erlaubt mir den Parteitag mit einem Kurzfilm eröffnen zu dürfen Film ab:

Gespräch mit einer Genossin aus Bern zur Session im Grossrat letzten Donnerstag: Sie zu mir: Der Grosse Rat hat beschlossen massiv bei der Prämienverbilligung zu sparen. Zwischen 25 und 45 Prozent der Berner erhielten bisher Prämienverbilligungen, so wollte es das Gesetz. Die Vorgabe konnte in den letzten beiden Jahren nicht mehr eingehalten werden und so schlug die Regierung

vor, den Gesetzesartikel zu streichen. Die vorberatende Kommission sprach sich mit knappem Mehr für eine Streichung aus. Die Kommissionsminderheit forderte die Beibehaltung der Vorgabe. Für die Ratslinke gab es letztlich kein Durchkommen. Die bürgerliche Mehrheit strich die Vorgabe aus dem Gesetz. Für diesen Fall hatten die Sozialdemokraten bereits im Vorfeld angekündigt, dass sie sich mit den ihnen zur Verfügung stehenden Volksrechten wehren würden.



Und genau um diese Volksrechte entzündete sich ein weiterer Streit im Rat. Mit einem «Bubentrickli» hebelten die Bürgerlichen die Volksrechte aus. Die Freisinnigen forderten nämlich, die Beibehaltung der Zielvorgabe sei nicht nur abzulehnen, sondern sei gleichzeitig in einen Eventualantrag umzumwandeln.

Das klingt zweifellos etwas trocken, hat aber eine gewisse Sprengkraft: der Ratslinken wird so nämlich verunmöglicht, einen Volksvorschlag auszuarbeiten. Bürgerinnen und Bürger können so eine Volksabstimmung über bestimmte Entscheide des Grossen Rates verlangen und in diesem Fall andere Prämienmodelle die Sozialverträglicher sind als die Streichung dem Volk zur Diskussion stellt. Ein Blick in die Statistik zeigte mir: Bis Ende Mai 2011 wurde er im Kanton Bern neun Mal angewandt und dabei hat der Volksvorschlag sechs Mal obsiegt. Mit dem von der FDP verlangten Eventualantrag kann das Volk hingegen nur über Beibehaltung oder Streichung der Prozentvorgabe im Gesetz befinden. Und nun gings los: Die Grossräte im Kanton Bern gingen besonders

wild aufeinander los. Wenn man weiter liest erfährt man, dass es zu ging wie im «hölzigen Himmel» Der SVP Regierungsrat zeigte sich ziemlich ungehalten und sprach sichtlich genervt ins Mikrofon, dass er das Gefühl habe «dass es wähet»): Die Beschlüsse zu den Prämienverbilligungen seien ja vor 14 Monaten gefällt worden. Der SVP Regierungsrat der in der rot-grün dominierten Kantonsregierung in der Minderheit ist sagte an die Adresse der rot-grünen

Kantonaler Parteitag, 29. Januar 2015

Minderheit im Grossrat: «Wenn man in der Minderheit ist, dann heisst das, auch mal zu akzeptieren, dass man verloren hat.»

Die Freisinnigen brachten ihren Antrag mit 75 zu 70 Stimmen bei 1 Enthaltung knapp ins Trockene. Kennen wir doch!

Szenenwechsel: Ein Produzent eines Dokumentarfilms kommt im Kreuz zu mir an die Bar. Er habe gehört, ich sei die Präsidentin der SP. Er nerve sich im Moment grausam ab Levrats Verhalten! Der wolle das Wachstum fördern und überhaupt, dass diese fatale MEI durchgekommen sei und dass die SVP Hegemonie betreiben kann ohne eine Mehrheit zu haben, sei das Verschulden der Linken und fügte ohne einzuatmen an: Er sei übrigens politisch nicht aktiv aber sicher linker als ich und wisse wovon er rede, sein Bruder sei für die SVP im Nationalrat! Es war kurz nach Mitternacht. Ich nahm noch einen Schluck Rotwein holte tief Luft und begann zu antworten; um 3 Uhr morgens war ich fertig und er sagte: ja ja ist ja schon gut, ich wähle im Oktober links!



Szenenwechsel: Ich sitze zu Hause am Computer und schreibe ein Votum für den Kantonsrat. Da geht ein FB Nachrichtenfensterchen auf und ein FB Freund der sehr rechts wählt schreibt: Du, deine Partei verliert bei den Wahlen, eine Umfrage mit 20000 Stimmberechtigten hätte das gezeigt. Die SVP sei die Gewinnerin. Kopiere den Link des Tagesanzeigers in das Fenster der ihn direkt auf den vor 1 Monat veröffentlichten Wahlbarometer mit dem Titel: Die SVP stürzt ab! leitet und drücke unkommentiert auf senden! Nach 5 Minuten kam zurück: typisch Tagesanzeiger, ist halt ein linkes Blatt und dieser Wahlbarometer sei ja von letztem Jahr! Ich lachte laut vor mich hin und tippte genüsslich: Stimmt, vom 21.12.14 also fast auf den Tag genau 4 Wochen alt!

Abspann: Der Kantonsratspräsident spricht vorgestern in seiner Eröffnungsrede von Solothurn und erwähnt, dass die Kantonshauptstadt kurzum erfolgreich die Filmtage hinter sich gelassen hat und am Schluss der Session las er einen

Vorstoss vor und zur Wasserstadt vor und sagte Wasserstadt Olten statt Solothurn. Ich habe dann gesagt, dass er wohl im falschen Film sei, denn einerseits seien die Filmtage noch in vollem Gange und andererseits gehe es für mich in Ordnung, wenn wir den Stadtmist von Solothurn in Olten sanieren lassen!

Liebe Genossinnen und Genossen

Als ich zur Präsidentin gewählt wurde, hat mir ein Genosse ein gepresstes 4 blättriges Kleeblatt und ein Zettelchen mit einem Spruch überreicht! Diese beiden Geschenke trage ich stets bei mir, fein säuberlich in den Lederlaschen meiner Agenda. Und jedes Mal, wenn ich sie wieder sehe denke ich: Politik kann vom 2 stündigen Spielfilm über den Thriller, die Romanze und den Dokumentarfilm bis hin zum Kurzfilm alles sein. Schön für mich als eine der Darstellerinnen in diesen Filmen ist es, dass ich mit den Werten und Positionen der SP immer ein packendes, kämpferisches Drehbuch und mit euch Genossinnen und Genossen eine hervorragende Crew habe. Aber mit etwas Glück und mit dem Spruch, der auf dem Zettel steht vor Augen drehen wir mit unserer Politik Filme die bewegen! Der Spruch lautet: Freiheit ist das Recht, anderen zu sagen, was sie nicht hören wollen! Der Parteitag ist eröffnet.

Applaus

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

Als Stimmenzähler sind vorgeschlagen:

Tischreihen 1 und 2: Theres Mathys, Oensingen

Tischreihen 3 und 4: Daniel Weibel, Grenchen

Beschluss: Die Stimmenzähler werden einstimmig gewählt.

Applaus.

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Franziska Roth stellt die rechtzeitig zugestellte Geschäftsliste zur Diskussion.
(Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig die Geschäftsliste für den Parteitag vom 29. Januar 2015

4. Genehmigung Protokoll vom 23. Oktober 2014 in Zuchwil

Franziska Roth stellt das Protokoll zur Diskussion. (Keine Wortbegehren)

Antrag Geschäftsleitung: Zustimmung

Beschluss: Die Delegierten genehmigen einstimmig das Protokoll des Parteitages vom 23. Oktober in Zuchwil.

Franziska Roth bedankt sich beim Parteisekretär für das Verfassen des Protokolls.

5. Kantonale Vorlagen - Parolenfassungen

Kantonale Vorlagen für die Abstimmungen vom 8. März 2015

1. Änderung des Sozialgesetzes, Senkung der Prämienverbilligung in der Krankenversicherung, Referendum gegen den Kantons-ratsbeschluss vom 3. September 2014

Vorstellung durch Fränzi Burkhalter-Rohner, SP Fraktionspräsidentin

Fränzi Burkhalter-Rohner

Prämienverbilligung - warum? Liebe Genossinnen und Genossen. Die obligatorische Krankenversicherung wird nach wie vor mit Kopfprämien finanziert. Es spielt demnach keine Rolle wer ob jemand viel oder wenig verdient, die Prämien sind für alle gleich. Das Sozialziel des Bundes sieht vor, dass die Krankenkassenprämien für einen Haushalt nicht mehr als 8% ausmachen dürfen. Im Kanton Solothurn wird dies schon lange nicht mehr eingehalten und je nach Einkommen massiv überschritten. Seit 2008 (NFA) werden 7,5% der Bruttokosten der obligatorischen Krankenkassenprämien an den Kanton bezahlt. Dieser ergänzt diese zurzeit im Kanton Solothurn um 70%.

Geschenke für Reiche – Sparen sollen die anderen

Die in der Vergangenheit zahlreich durchgeboxten bürgerlichen Steuergeschenke an Vermögende, führten zum Sparpaket: dieses beinhaltet 80% Einsparungen und nur eine 20%-ige Korrektur auf der Einkommenseite. Dies hat massive Auswirkungen:

Leistungsabbau und -Kürzung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Soziales und Umwelt auf Kosten von Kinder, Jugendlichen, Familien, älteren Mitmenschen oder einfach auf dem Buckel der Schwächsten!



Sparmassnahme

Abbau von 7 Millionen Franken pro Jahr, d.h. Senkung auf 70 % durch die bürgerlichen Parteien CVP, FDP, SVP, BDP, EVP und glp, beschlossen im Jahr 2014.- Die Auswirkungen sind verheerend: trotz steigender Prämie werden ca. 6000 Haushalte keine Prämienverbilligung mehr erhalten. Die Einkommensobergrenze wird auf 50'000 Steuerbares Einkommen festgelegt (statt 80'000 – unterer Mittelstand betroffen). Für die Betroffenen bedeutet dies weniger finanzieller Spielraum, weniger Kaufkraft, mehr Schulden usw. Von der Sparmassnahme nicht betroffen sind Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen, Sozialhilfe Bezüger und Verlustscheine – dies ist auch gut und richtig. Aber für den unteren Mittelstand bleiben nach den Berechnungen sogar 15 Millionen Franken weniger als 2014, weil durch die Massnahme die Sozialhilfe und die Ergänzungsleistungen mehr Mittel benötigen, durch die dadurch geschaffene neue Armut. Also fehlt dem unteren Mittelstand nicht 7, sondern mehr als das Doppelte!

Ironie: Vor 4 Jahren sagten 42% der Solothurner Stimmenden Ja zu unserer Initiative auf 120%. Weil PV sehr zielgerichtet denen zugutekommt, die es brauchen! Ich rufe auf im Abstimmungskampf mit den Menschen zu reden, sie aufzuklären was diese Sparmassnahme für Betroffenen bedeuten wird. Beim Sammeln der Unterschriften sind wir auf viel Verständnis gestossen und die Menschen haben gerne unterschrieben – die meisten aus Solidarität. Man muss jedoch auch erklären wer betroffen sein wird, nämlich die Familien, die Studierenden und viele Rentner. Der Kanton Solothurn ist ein klassischer Arbeiterkanton (nicht viele Reiche) und die Einkommen im Kanton sind so verteilt, dass viele nur knapp genügend verdienen. Nur schon deswegen ist es notwendig dass die Ausschüttung der Gelder nicht geschmälert wird und diese das Leben dadurch selber bestreiten können. Zudem muss erwähnt sein, dass genau diese Gruppe im Kanton Solothurn einen Grossteil der Steuerlast trägt. Deshalb, eine Sanierung des Staatshaushaltes auf dem Buckel der Familien und Menschen mit bescheidenem Einkommen: Nicht mit uns! Danke für die Unterstützung.

Applaus

Diskussion: keine Wortbegehren

Antrag Geschäftsleitung: NEIN-Parole (einstimmig)

Beschluss: Zustimmung zum Antrag der Geschäftsleitung. Die Delegierten beschliessen einstimmig die NEIN-Parole



Applaus

Franziska Roth bedankt sich bei Fränzi Burkhalter für das Referat und überreicht ihr eine Flasche Wein.

2. Wirtschafts- und Arbeitsgesetz (WAG) (Änderung der Verfassung)

Markus Ammann (stellt das Gesetz vor):



Liebe Genossinnen und Genossen
Warum braucht es neues Wirtschafts- und Arbeitsgesetz?

- viele Erlasse angesammelt
- unterschiedlicher Aufbau vereinheitlichen
- anderswo Geregeltes löschen
- Doppelspurigkeiten vermeiden
- gesellschaftliche Veränderungen aufnehmen
- parlamentarische Vorstösse umsetzen
- überholte Bestimmungen aufheben / anpassen
- administrativer Aufwand verringern

Was wurde gemacht?

- Zusammenfassung der verschiedensten Gesetze und Verordnungen aus dem Bereich Wirtschaft und Arbeit in einem Gesetz
- Aufhebung von 25 Gesetzen und Verordnungen
- Reduktion von 350 auf 106 §§
- Viele Bestimmungen weitgehend unverändert übernommen, ausser ...

Was ist der neue Inhalt?

- Gastwirtschaftliche Tätigkeiten
 - Imbiss/Take-away **Zuständigkeiten Kanton und Gemeinden klar geregelt**
 - Betriebsbewilligung **Gebühren**
 - Anlassbewilligungen
 - Öffnungszeiten
 - Gebühren (-> Verfass.änd.!) - **Anlassbewilligungen (→ Gemeinden)**
- Filmwesen
- Tourismusförderung
- Risikosportarten / Preisbekanntgabe
- Sexarbeit
- Ladenöffnungszeiten
 - Gastwirtschaftl. Bewilligungen
 - + Imbiss-/Take-away-Betriebe
 - + Bewilligungen im Bereich Sexgewerbe

Was gab zu reden?

- Sexarbeit (neu)
 - Einführung von Bewilligungen (Betrieb, Vermittlung)
 - Voraussetzungen f Bewilligung
 - Pflichten f Betriebsinhaber, insb. Registerführungspflicht
 - do. Inhaber Vermittlungsbewilligung
 - Pflichten f Kunden/Kundinnen (Prävention)
 - Pflichten d Behörden (Register der Betriebsinhaber, Prävention)
- Strassensexarbeit
 - Einschränkungen (Wohnzonen, Haltestellen, andere sensible Gebiete)
 - Gemeinden können örtlich und zeitlich weiter einschränken



Wir sind die SP Kanton Solothurn

Das neue Wirtschafts- und Arbeitsgesetz

Was gibt immer noch zu reden?

Die Ladenöffnungszeiten

Variante 1

- An Samstagen sind die Geschäfte um 18 Uhr zu schliessen.
- Am 24. sowie am 31. Dezember sind die Geschäfte um 16 Uhr zu schliessen.
- An Ruhetagen dürfen die Geschäfte nicht geöffnet werden.
- Die Geschäfte dürfen von 5 Uhr **bis 20 Uhr** geöffnet sein.

Variante 2

- Geschäfte dürfen von 5 Uhr **bis 18.30 Uhr** geöffnet sein.

Sie können einen Werktag pro Woche bezeichnen, an dem sie die Öffnungszeiten bis höchstens 21 Uhr hinaus-schieben.

Fazit:

- aufgeräumtes, schlankes und doch umfassendes Gesetz, das alles Notwendige sinnvoll regelt.
- Im für uns strittigen Punkt (Ladenöffnungszeiten) konnte einer Variantenabstimmung erreicht werden.
- GL und Fraktion stimmen deshalb dem Gesetz grundsätzlich zu.



Wir sind die SP Kanton Solothurn

Das neue Wirtschafts- und Arbeitsgesetz

Die Abstimmung (8. März 2015)

1

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 8. März 2015

Variante 1: a) Wollen Sie das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz mit erweiterten Ladenöffnungszeiten von Montag bis Freitag annehmen?	Antwort <i>Ja od. Nein</i>
Variante 2: b) Wollen Sie das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz mit den bisherigen Ladenöffnungszeiten von Montag bis Freitag annehmen?	Antwort <i>Ja od. Nein</i>
Stichfrage: c) Welche Variante soll in Kraft treten, wenn beide Varianten angenommen werden?	Antwort Gewünschtes ankreuzen <input type="checkbox"/> Var. 1 <input checked="" type="checkbox"/> Var. 2

* Fragen a + b können je mit Ja oder Nein beantwortet werden (auch zweimal Ja oder zweimal Nein sind möglich).
... auf ein Feld angekreuzt werden; sonst gilt die Frage als nicht beantwortet.
... Frage c nicht beantwortet wird oder nur Frage c beantwortet wird.
...mal bei der Stimmabgabe **nicht abtrennen.**

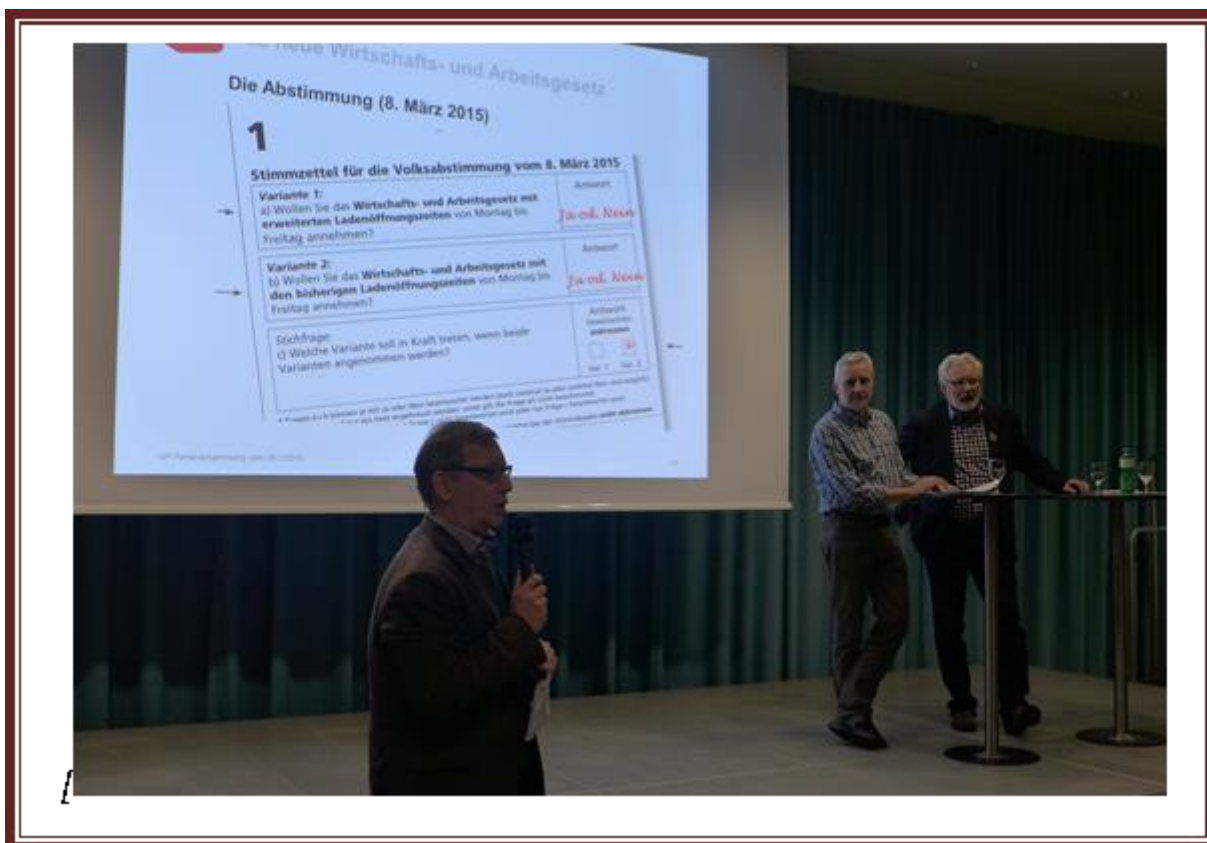
SP Parteiversammlung vom 29.1.2015

Variante 2 vorgestellt durch Markus Ammann, SP Kantonsrat

Die SP-Geschäftsleitung wie auch die SP Fraktion haben sich klar für das Gesetz ausgesprochen und befürworten die Variante 2. Bei der V1 gibt es klare Verlierer: die Kunden, die Angestellten und die kleinen regionalen Läden. Die Gewinner wären die grossen Detailwarenhäuser und Einkaufszentren. Warum die Kunden? Weil die kleinen Läden nicht länger offen haben werden und damit auch die Kunden zu den Verlierern gehören. Nicht einmal in Deutschland haben die kleinen Läden länger als bis um 18.30 Uhr offen. Den grössten Kundennutzen sind die klaren Öffnungszeiten bis 18.30 Uhr, quasi die Blockzeiten der Läden die allen bekannt sind. Warum gehören die Angestellten zu den Verlierern? Eine Arbeitszeit bis 20.00 Uhr oder länger macht eine Teilnahme am sozialen Leben praktisch unmöglich: die Familie leidet, die Freunde leiden, Teilnahme an Kulturveranstaltungen sind praktisch unmöglich und die Vereinsarbeit wird verunmöglicht. All diese Umstände führen wiederum dazu, dass die Angestellten gestresst und unfreundlich werden, was wiederum zu unzufriedenen Kunden führt. Und warum die KMU? Die kleinen Läden werden es sich nicht leisten können während längerer Zeit und gleichbleibendem Umsatz die entsprechenden Löhne zu zahlen. Dies bestätigt auch das SECO, dass es bei längeren Ladenöffnungszeiten unweigerlich zu Strukturbereinigungen komme. Aus all diesen Gründen empfiehlt sich ein JA zur Variante 2. Ein vernünftiges Argument für eine Liberalisierung und somit Verlängerung der Öffnungszeiten bleiben uns die Befürworter der V1 immer noch schuldig.

Variante 1 vorgestellt durch Mark Winkler, FDP Kantonsrat

Guten Abend geschätzte Damen und Herren, ich freue mich sehr dass ich ihnen die V1 des WAG vorstellen darf. Dies ist meine erste Einladung in dieser Art und deshalb freut es mich ganz besonders. Hand aufs Herz, wer von ihnen ist nicht auch schon abends nach 18.30 Uhr nach Lyssach in die IKEA gefahren, oder nach Pratteln, Biel, Aarau und einkaufen gegangen? Für all jene für die dies zutrifft, müsste ich gar nicht mehr weiterreden, denn diese befürworten wohl die V1 und für alle anderen möchte ich etwas aufzeigen. Ich wohne in Witterswil und bin in 3 Minuten z.B. in Therwil wo ich bis 20.00 Uhr einkaufen kann. Die gleichen Situationen oder Möglichkeiten einfach in Nachbarkantonen einkaufen zu gehen gibt es in Rechterswil, Schönenwerd, Grenchen, Messen usw. Infolge der „Mauern“ rund um den Kanton Solothurn, entgehen dem Kanton viele Arbeitsstellen und Wertschöpfung. Der Einkaufstourismus könnte mit einer Angleichung etwas eingeschränkt werden. Eine massvolle Ausdehnung käme dem heutigen Konsumverhalten entgegen. Es geht auch darum dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen, insbesondere auch im Interesse vieler Arbeitnehmer die während den geltenden Öffnungszeiten nicht einkaufen können. Eine Liberalisierung würde diesen Bedürfnissen entgegen kommen. Mit der V1 verbessert sich auch die Wettbewerbsfähigkeit der Gewerbe, die gegenüber den Tankstellenshops und den Bahnhofläden im Nachteil sind. Die zahlreichen Ausnahmeregelungen bevorzugen heute viele Branchen, zum Nachteil anderer. Mit der Verlängerung würde die Ungleichbehandlung teilweise gemildert. Zudem könnten neue Arbeitsplätze geschaffen und es werde niemand gezwungen den Laden zu öffnen, es würde lediglich die Möglichkeit geschaffen bessere Umsätze zu erzielen. Die Konsumenten profitieren dadurch, dass sie einkaufen können wann sie dies wollen und die Arbeitnehmer/innen durch mehr flexiblere Teilzeitstellen. Der Arbeitnehmerschutz bleibt natürlich gewahrt. Insgesamt wäre die V1 einen Gewinn und bitte um Unterstützung, vielen Dank.



Podium mit Markus Ammann und Mark Winkler, Moderation Christian von Arx, OT

Christian von Arx (CVA):

Liebi Präsidentin und liebe rote Frauen und Männer, guten Abend. Das grosse Gesetz hat 109 § und unser Streitgespräch geht um einen einzigen Paragraph, resp. um einen Absatz unter diesem. Markus Ammann hat euch das Gesetz vorgestellt, aber im Gegensatz zu Markus Ammann kennen Mark Winkler wohl die wenigsten. Beide sind seit 2 Jahren im Kantonsrat. Markus arbeitet beim Bundesamt für Verkehr und beschäftigt sich dort insbesondere mit Umweltfragen im Bereich öffentlicher Verkehr. Mark ist selbständiger Unternehmer und bis Ende 2014 Inhaber der Firma Media Touristik AG mit 80 Mitarbeitern. Heute gehört die Firma zur Gruppe Globetrotter. Warum interessiert ihr euch für das Thema Ladenöffnungszeiten, einerseits als Touristiker und andererseits als Bundesangestellter?

Mark Winkler (MW): meiner Mitarbeiter/innen arbeiten bis 18.00 Uhr und ich habe ein Interesse daran dass diese in aller Ruhe abends ihre Einkäufe tätigen können. Dies ist der Hauptgrund warum ich mich für eine Liberalisierung einsetze. **Markus Ammann (MA):** Mein Engagement hat mit dem Job nichts zu tun. Aber ich bin der Meinung dass der SP zu Unrecht den wirtschaftlichen Kompetenzen abgesprochen werde und setze mich dafür ein, dass dieser Eindruck entkräftet werden kann. Deshalb setze ich mich für ein gutes WAG ein. **CVA:** die Ladenöffnungszeiten sind ja ein Dauerbrenner, dauernd müssen wir darüber abstimmen, warum kann man diesbezüglich nicht einmal Ruhe geben? **MW:** weil sich die Gesellschaft eben wandelt und es dauernd einen Strukturwandel gibt. Diesem Wandel will sich das Gewerbe stellen und wünscht entsprechende Anpassungen, auch bei den Öffnungszeiten. **CVA:** wenn gemäss MW dies dem gesellschaftlichen Wandel entspreche, ist doch der Kampf der SP dagegen, ein aussichtsloser Kampf gegen Windmühlen? **MA:** es ist tatsächlich so dass wir schon zigmal über solche Fragen abgestimmt haben, meistens zu Gunsten klarer Regelungen und gegen Liberalisierungen. Dies zeigt auf, dass sich die Bevölkerung sehr wohl gut überlegt in welche Richtung es gehen soll und wertet den Schutz der Angestellten sehr hoch. **MW:** bei den Mitarbeitenden im Verkauf reden wir von einem kleinen Segment. In der Pflege, bei der Bahn usw. wird ja auch unregelmässig gearbeitet und da gibt es keine festen Arbeitszeiten. **CVA:** wer sollte denn an verlängerten Öffnungszeiten interessiert sein? **MA:** wären die Möglichkeiten da, würde auch ich diese nutzen, aber dies bedeutet noch lange nicht dass es auch nötig ist. Und wenn ich daran denke dass infolge veränderten Einkaufsverhaltens der Gesellschaft andere länger arbeiten müssen, kann ich dies nicht nachvollziehen. Ich glaube einfach dass wir dies nicht brauchen. **MW:** die heutige Gesellschaft ist einen „Batzen und Weggli“ Gesellschaft, das heisst wir wollen alles haben. Bin ich ein Velofahrer setze ich mich für die Rechte dieser ein, bin ich ein Autofahrer setze ich mich für diese Rechte ein, bin ich Konsument möchte ich ebenfalls möglichst frei sein und von liberalisierten Ladenöffnungszeiten profitieren. **CVA:** Kunden sind die einen, die Geschäfte die anderen. MA hat in seinem Referat bereits erwähnt dass davon die Grossen profitieren werden, ist dies so? **MW:** Es stimmt dass insbesondere die Grossen zu den Profiteuren gehören, aber wir haben auch ganz viele kleine Läden die profitieren würden. Ich bin Basel orientiert, gehen sie mal in diese Stadt, dort haben alle Läden bis abends um 22.00 Uhr offen, auch die kleinen. Auch stimmt der Umsatz, sonst hätten sie gar nicht offen. **CVA:** gibt es denn Unterschiede zwischen den Städten, was würde passieren wenn man in Olten und Solothurn bis spät abends einkaufen gehen könnte? Würden die Leute einkaufen gehen? **MA:** die Situation in Basel kann

ich nachvollziehen, da gibt es viel Laufkundschaft und somit können auch kleinere Läden profitieren. Im Kanton Solothurn haben wir jedoch eine völlig andere Ausgangslage. Ich bin überzeugt dass unsere kleinen Läden noch viel mehr in Schwierigkeiten kommen, denn es würde nicht mehr Geld ausgegeben, nicht mehr konsumiert, nicht mehr Laufkundschaft anziehen, denn der Franken kann nur einmal ausgegeben werden. **MW:** für uns ist das entscheidende, dass das Geld im Kanton Solothurn bleibt und nicht in den angrenzenden Kantonen ausgegeben wird. Und dass wir zumindest die gleichen Bedingungen schaffen. **CVA:** ich würde gerne noch über das Personal sprechen. Sind denn solche Jobs nicht auch gesucht? **MA:** in einer bestimmten Lebensphase mag dies vorübergehend ein Vorteil sein, aber für die grosse Mehrheit wird dies kein gewinnbringendes Arbeitszeitmodell sein. Grundsätzlich arbeiten die Menschen lieber tagsüber und es ist erwiesen dass die Qualität der Arbeit während „Unzeiten“ sinkt. Es gibt Arbeiten die unregelmässig verrichtet werden müssen, einige wurden genannt, aber wenn dies nicht nötig ist, muss man sie auch nicht einführen. **CVA:** warum muss man jetzt, anscheinend unnötigerweise, noch weitere Arbeitsplätze zu unregelmässigen Zeiten anbieten oder verordnen? Hat hier der freisinnige Unternehmer kein Verständnis dafür? **MW:** ein gewisses Verständnis habe ich schon dafür. Aber jene die sich dafür entscheiden, meist sind es Zweitverdiener, machen dies freiwillig damit sie unabhängiger werden und ihre Freizeit gerne selbst einteilen. **MA:** das mit der Freizeit ist so eine Sache. Für jene Menschen die ihre Freizeit individuell verbringen, kann dies schon gehen, aber für all jene die diese in einem Gesamtkontext und in einem sozialen Umfeld verbringen, wird eine sinnvolle Gestaltung praktisch verunmöglicht. **CVA:** es gibt jene die kaufen, andere die verkaufen und wieder andere die arbeiten müssen. Was ich nicht ganz verstehe Mark, ich als Konsument kann den Franken nur einmal ausgeben. Mit längeren Öffnungszeiten habe ich auch nicht mehr finanzielle Möglichkeiten. Wo liegt der Gewinn und warum ist dies aus deiner Sicht trotzdem eine sinnvolle Massnahme? **MW:** theoretisch könnte man ja einfach nur am Samstag öffnen, dann kommen alle einkaufen und den Rest der Woche schliessen und Personalkosten sparen. Nein, einkaufen ist heute vielfach ein Erlebnis und für viele einen Teil der Freizeit. **CVA:** wäre die V1 auch eine Massnahme gegen die Frankenstärke, wie dies auch auf Bundesebene diskutiert wird? **MW:** es ist schwierig zu sagen ob in diesem Kontext dies jetzt eine geeignete Massnahme wäre. Fakt ist, wir wollen den Einkauf zum Erlebnis machen, hier im Kanton, in der Schweiz. Andernfalls droht der Einkaufstourismus. **CVA:** was ist der Kernpunkt gegen die Verlängerung? **MA:** die heutige Situation ist ein gangbarer Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen. Und ich denke mit diesem sind wir sehr gut gefahren. Interessant ist aber, dass im Zusammenhang mit der Frankenstärke die abstrusesten Massnahmen wie eben längere Öffnungszeiten, Löhne in Euro, Lohnsenkungen usw. gefordert werden. Dabei hat das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun. Ich bin dagegen dass wir einen guten Kompromiss dem Gewinndenken einiger weniger Grossen jetzt opfern.

Diskussion:

Urs Huber: Liebe Genossinnen und Genossen. Ich bin ein kleiner „Unfall“, im Kantonsrat war ich die einzige Gegenstimme zum gesamten neuen Gesetz. Ich habe mit diesem Gesetz meine grosse Mühe. Dieses wurde für einen sechsstelligen Betrag extern produziert. Das Resultat ist in meinen Augen ein schlechtes Gesetz. Was stört mich an dieser Vorlage? Es ist die Summe von vielen kleinen Bestimmungen. Ganz besonders stört mich die Liberalisierung am Sonntag, egal bei welcher Variante. Neu werden ganz grosse Familienbetriebe am Sonntag ihre Tore öffnen dürfen, und es geht laufend weiter. Noch etwas zum Konsum, von links bis rechts das ausufernde Konsum-

verhalten beklagt. Gleichzeitig ermöglicht der Gesetzgeber ständig mehr, das ist schizophren. Und aus gewerkschaftlicher Sicht. Mark, es ist schon nicht so, dass man sich einfach für einen solchen Job entscheidet. Dein Vergleich hat sich angehört wie einer ob ich jetzt nach Kreta oder Mallorca in die Ferien gehen soll. In diesem Sinn bitte ich euch das ganze Gesetz abzulehnen, also 2 x Nein. **Brigitte Kissling:** ich sehe das Problem nicht bei den Ladenöffnungszeiten, von mir aus können diese liberalisiert werden. Ich sehe das Problem beim Personal. Da fehlt mir die Verantwortung der Wirtschaft. Damit eine Person in die BVG hineinkommt, muss sie über Fr. 1'600.- verdienen. Dies ist das eigentliche Problem bei den Teilzeitjobs, dass viele über die BVG gar nicht versichert sind. Als SP müssen wir für das Personal schauen und dafür sorgen dass sich dies in Zukunft verbessert. Aus diesem Grund bin ich für die V2. **Ursu-**



la Ulrich: die Argumentation von Herr Winkler könnte man noch weiterführen, damit nämlich jene die schon heute z.B. in der Pflege, bei der Bahn, der Polizei usw. arbeiten nach getaner Arbeit einkaufen können. Dies würde bedeuten dass wir rund um die Uhr offen haben müssten. Deshalb ganz klar V2 und gegen die 24-Stunden-Gesellschaft. **Hans Rohn:** ich bin überrascht dass wir so wenig über die Verlängerung reden. Wir haben heute in den Vereinen und in Organisationen Menschen, die nichts mehr machen können weil sie länger arbeiten müssen. Den Vereinen fehlt der Nachwuchs, da müssen wir etwas dagegen tun und die Öffnungszeiten sicher nicht noch verlängern. **Name unbekannt:** ich war auch mal im Verkauf als Optiker tätig, mit gutem Lohn. Auch in Italien hab ich gearbeitet, bereits in den 70-er Jahren mit der 40-Stunden-Woche, aber, meine Arbeitszeit hat am Montagmittag begonnen und am Samstagabend geendet. Warum, ich hatte unendlich lange Mittagspausen,

während denen man nichts machen konnte. Genau hier liegt das Problem und deshalb stimmt die Argumentation von Herr Winkler nicht, es sei freiwillig. Bei der SBB und ähnlichen Betrieben mit unregelmässigen Arbeitszeiten ist es genau gleich. **Roberto Zanetti:** das gleiche Geschäft ist jetzt auch auf Bundesebene hängig. Je nach dem ist es irrelevant wie wir im Kanton Solothurn entscheiden. In ca. 1 Jahr wissen wir es. Genau deshalb ist es wichtig welches Signal der Kanton Solothurn aussendet. Es wäre ein gewichtiges Votum wenn ein kräftiges Nein zur Liberalisierung resultieren würde. Denn ausser dem Vertreter des Tessins wollten die Kommissionsmitglieder während der Vernehmlassung zuerst gar nicht auf das Geschäft eintreten und sistiert. BR Schneider Ammann hat im Zusammenhang mit der Frankenstärke moniert, man müsse die Wirtschaft ankurbeln und die Effizienz steigern. Liberalisierungen bei den Ladenöffnungszeiten bewirken genau das Gegenteil, das sind Ineffizienzoffensiven. **Hardy Jäggi:** an Urs Huber, klar ist nicht alles Gold was glänzt. Von mir aus hätte man die Öffnungszeiten am Sonntag auch nicht ausdehnen müssen, aber viele andere Sachen werden geregelt, wie zB. die ganze Sexarbeit. Deshalb bitte ich alle nicht der Parole von Urs zu folgen, der das ganze Gesetz ablehnt, sondern der Variante 2 zustimmt. **Markus Ammann:** als Antwort auf Brigitte Kissling, deine Anliegen sind schon richtig, werden aber in diesem Gesetz nicht geregelt. Ruedi Hartmann: mich würde von Herr Winkler interessieren, ob er im Kantonsrat für die Senkung der Prämienverbilligung war. Denn es wäre ein Widerspruch auf der einen Seite den Menschen Kaufkraft wegzunehmen und auf der anderen Möglichkeiten schaffen die sie gar nicht nutzen können. **Mark Winkler:** ich habe der Kürzung zugestimmt und denke der Kanton Solothurn ist bei der PV immer noch bei den besseren Kantonen. Im Zusammenhang mit den Kantonsfinanzen ist dieser Sparvorschlag berechtigt.

Anträge der Geschäftsleitung:

1. **NEIN zur Variante 1**
2. **JA zur Variante 2**
3. **Variantenfrage: 2 ankreuzen**

Beschluss:

Die Delegierten stimmen den Anträgen der Geschäftsleitung wie folgt zu.

1. **grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme NEIN zur Variante 1 / einige Enth.**
2. **grossmehrheitlich bei 8 Gegenstimmen JA zur Variante 2 / einige Enth.**
3. **grossmehrheitlich bei 1 Gegenstimme bei der Variantenfrage: 2 ankreuzen / 3 Enthaltungen**

Franziska Roth bedankt sich bei den Referenten und beim Moderator für die interessante Diskussion und übergibt ihnen je eine Flasche Rotwein.

Applaus

6. Nationale Vorlagen - Informationen

1. Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»
Philipp Hadorn, Nationalrat

Liebe Genossinnen und Genossen
Darum geht es

- Die Initiative der CVP verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen nicht mehr als steuerbares Einkommen behandelt werden.
- Ergänzung von Artikel 116 der Bundesverfassung: «Kinder- und Ausbildungszulagen sind steuerfrei.»

Darum sagt die SP Nein

- Keine Steuergeschenke für Reiche
- Keine Sparprogramme auf Kosten der Familien
- Kein Schlupfloch wegen Konstruktionsfehler



Keine Steuergeschenke für reiche Familien

Bundesebene: Nur der obere Mittelstand und Personen mit hohem Einkommen werden steuerlich entlastet, weil nur 50% der Familien überhaupt Bundesteuer bezahlen.
Kantonebene: Reiche Familien könnten sich dank der Steuerersparnis glatt eine Woche Ferien leisten, Mittelstandsfamilien müssten sich hingegen mit einem Zoobesuch zufrieden geben.

Keine Sparprogramme auf Kosten der Familien

Der Bundesrat errechnet bei einer Annahme der Initiative für Bund und Kantone happige **Mindereinnahmen** von rund **1 Milliarde Franken**.
Die Folge wären **Sparmassnahmen** bei Bildung, bei Prämienverbilligung oder familienergänzenden Betreuungsangeboten.

Kein Steuerschlupfloch wegen Konstruktionsfehler

Kinderzulagen sind ein Lohnbestandteil vom Arbeitgeber.

Findige Arbeitgeber könnten ihren Mitarbeitern einen möglichst hohen steuerfreien Lohnanteil gewähren.

Fazit

Die CVP-Initiative will eine von der Allgemeinheit finanzierte Entlastung der oberen Einkommen. Das geht indirekt zulasten von Familien mit tiefen und mittleren Einkommen und öffnet ein mögliches Steuerschlupfloch – zu diesem unsozialen und teuren Steuergeschenk sagt die SP klar **Nein**.

Applaus

2. Volksinitiative vom 5. November 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuern» **Bea Heim, Nationalrätin**

Liebe Genossinnen und Genossen

Darum geht es

Die eidg. Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuern» der Grünliberalen verlangt:

- Die Einführung einer Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern wie Erdöl, Erdgas, Kohle oder Uran.
- Der Ertrag aus dieser Energiesteuer soll gleich hoch sein wie die heutigen Mehrwertsteuer-Einnahmen.
- Die Mehrwertsteuer soll innert 5 Jahren kompensiert sein und abgeschafft werden.

Breites Nein-Bündnis

- Bundesrat
- National- und Ständerat
- SVP, FDP, CVP, BDP, EVP und SP
- Wirtschaftsverbände
- Gewerkschaften
- Bauernverband
- Hauseigentümerverband
- Automobilverbände

Unsere Argumente für ein NEIN

Keine finanzpolitischen Argumente

- Auf den ersten Blick eine zukunftsweisende Strategie
- Aber finanzpolitisch brandgefährlich.
- MWST mit 22,5 Milliarden/Jahr: wichtigste Finanzquelle des Bundes.
- MWST für die Finanzierung der Sozialwerke: zentral.
- 2,8 Milliarden für die AHV, über 1 Milliarde für die IV.

Keine Sparprogramme wegen Konstruktionsfehler

- Initiative will MWST durch Energie-Steuer ersetzen und gleichzeitig den Energieverbrauch drosseln.

- Sobald der Verbrauch sinkt, fehlen dem Bund die Einnahmen. Steuer macht Staatsfinanzen von dem abhängig, was sie drosseln will.
- D.h. weniger Geld für den Staat, weniger für AHV, IV und öV
- Sparprogramme auf Kosten der Allgemeinheit.

Kein unsozialer Umbau
Benzin plus 3.00 Franken pro Liter

Heizöl plus 3.30 Franken pro Liter

Strom plus 33 Rappen pro kWh

- Belastung für KMU, die nicht in 5 J. umstellen können
- Verteuerung der Schweizer Exporte, Arbeitsplatzverlust
- Belastung Mieter, Familien-Budget, RentnerInnen

Deshalb: Nein am 8. März 2015

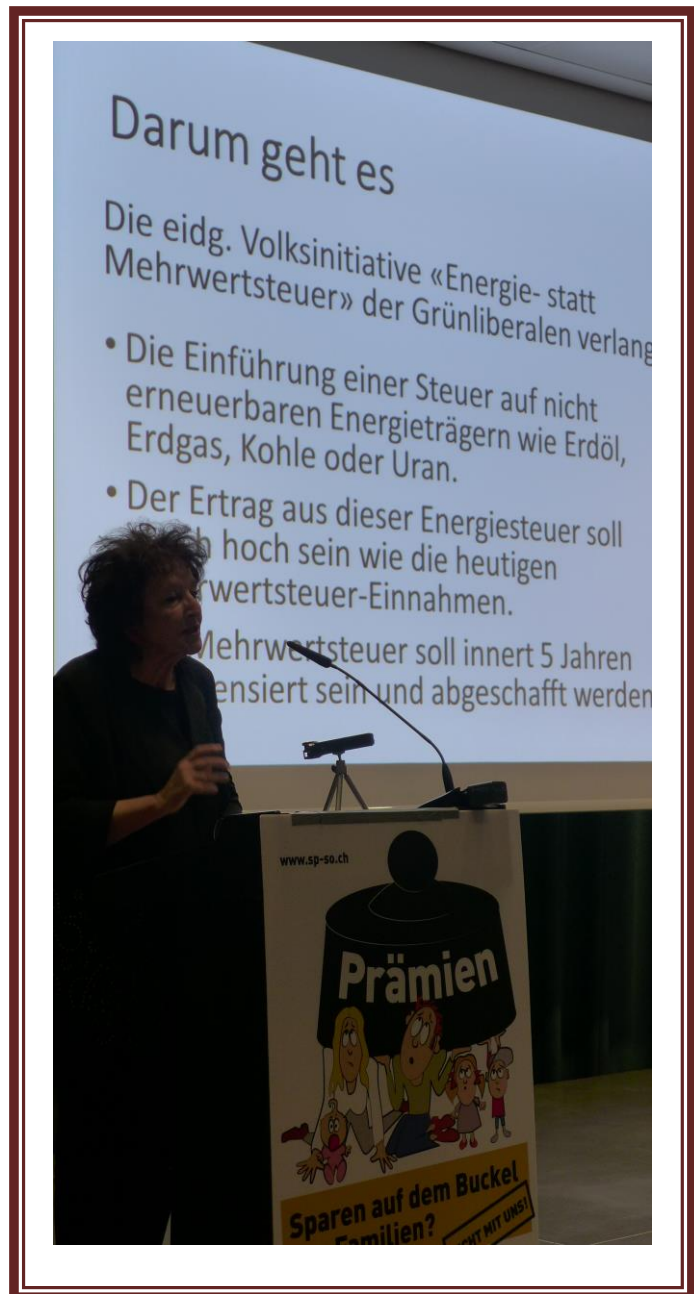
NEIN

zu dieser unsozialen Initiative
NEIN zu

- einem energiepolitischen Umbau auf dem Buckel kleiner Einkommen
- einer weiteren Bedrohung unserer Arbeitsplätze
- noch härtere Sparerei bei Bildung, IV, AHV, öV, PV, Service public... !

Applaus

Franziska Roth bedankt sich für die Referate mit wichtigen Informationen und übergibt Bea und Philipp eine Flasche Rotwein.



7. Varia

Fränzi Burkhalter

Auf den Tischen liegen Unterschriftenbögen für die Volksinitiative „Finanzielle Unterstützung von Tagesstätten für betagte Menschen“ von verschiedenen Organisationen. Im Kantonsrat wurde mein ähnlich lautender Auftrag abgelehnt, obwohl in der Woche zuvor der gleiche Kantonsrat bestimmt hat, dass „ambulant vor stationär“ zu

Kantonaler Parteitag, 29. Januar 2015

fördern sei. Nun geht es darum Nägel mit Köpfen zu machen und ich danke für die Unterstützung.

Franziska Roth

Bitte bedient Euch bei den Abstimmungsunterlagen und helft mit dass die Änderung des Sozialgesetzes (Kürzung bei den Prämienverbilligungen) abgelehnt wird.

Am 28. März findet in Grenchen der Nominationsparteitag statt und es würde uns freuen wenn wir an diesem Samstag wieder so zahlreiche Gäste begrüßen dürfen.

Ich wünsche euch eine gute Heimreise und danke fürs zahlreiche Erscheinen.

Der Parteitag ist geschlossen: Applaus

Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 26. Februar 2015